

Kurzinformationen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Situation im Norden und Osten

Die Lage in den Bürgerkriegsgebieten Sri Lankas hat sich während der letzten Wochen nicht wesentlich verändert. Die zunehmenden politischen Aktivitäten mit Hinblick auf den Wahltermin im August haben erstaunlicherweise kaum einen Einfluß auf die Situation im Norden und Osten des Landes gehabt.

Wieder einmal gibt es inzwischen einen Vorschlag der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) für eine Friedenslösung. Die LTTE hat in Jaffna angekündigt, daß sie mit der Regierung ohne jegliche Vorbedingungen in Verhandlungen treten will. Insbesondere die bisherigen Forderungen nach einem Waffenstillstand und der Aufhebung der Wirtschaftsblockade gegenüber dem Norden sollen für die Aufnahme von Gesprächen keine Rolle spielen. Bisher gibt es zu diesem Vorschlag keine Reaktion der Regierung, lediglich ein Armeesprecher hat bisher Zweifel an den guten Vorsätzen der LTTE geübt und nur betont, daß es nur dem starken militärischen Druck der Armee zu verdanken sei, daß die LTTE neue Verhandlungen anbiete.

Während die großen sinhalaischen Parteien mehr oder weniger Stillschweigen über dieses Problem wahren, gibt es dagegen innerhalb der Minderheiten selbst einige Aktivitäten. S. Thondaman, tamilischer Minister der Regierung und Führer der im Hochland beheimateten tamilischen Plantagenarbeiter, und der Führer des 'Sri Lanka Muslim Congress' (SLMC), Ashroff, haben einen gemeinsamen Vorschlag ausgearbeitet, der zu einer besseren Verständigung zwischen Tamilen und Moslems in der Ostprovinz führen soll. Der Vorschlag geht von einer vereinten Nord-Ost-Provinz aus, in der Tamilen und Moslems sich als Partner gegenseitig akzeptieren und einen eigenen Vorschlag zur Konfliktlösung unterbreiten. Würden Regierung und LTTE hierauf positive Zeichen geben, wäre eine Lösung

des Gesamtkonflikts denkbar. Mit Hilfe von sogenannten 'Sub-Regional Councils' soll der Tatsache Rechnung getragen werden, daß z.B. Moslems in ihren Mehrheitsgebieten im Osten der Insel - wie Kalumunai, Sammanthurai oder Pottuvil - ihre Interessen vertreten können.

Militärische Auseinandersetzungen gingen kontinuierlich weiter, wenn auch auf geringerem Niveau. Wesentliche Aktivitäten wurden auf dem Meer gemeldet. Der LTTE gelang es, nach Karativu, einer von der srilankischen Marine gehaltenen Insel, vorzudringen. Bei diesem Zusammenstoß wurden Fahrzeuge angegriffen und es starben vier Personen. Mehr als acht Boote und 25 Bootsmaschinen erbeutete die LTTE bei einem Angriff auf die Halbinsel Kalpitiya, die an der Westküste dem Ort Puttalam vorgelagert ist. Ein Fischer wurde entführt.

Neues gibt es zu den staatlichen Untersuchungen zu berichten, die mit dem Überfall des Armeelagers bei Pooneryn im November letzten Jahres zusammenhängen. Ein Militärgericht, das mit dem Fall befaßt ist, hat inzwischen festgestellt, daß es Nachlässigkeiten auf allen Führungsebenen gegeben hat. Sechs Offiziere wurden namentlich beschuldigt, die Hauptverantwortung für das Debakel zu tragen, bei dem mehr als tausend Soldaten zu Tode kamen. Als Bestrafungsmaßnahme wurden die Beförderungen dieser sechs Offiziere um ein Jahr verschoben. Nichtsdestoweniger gab es inzwischen auch Meldungen, denen zufolge einer der Offiziere zum 'Deputy Chief of Staff' mit der Verantwortung für alle administrativen und logistischen Dinge ernannt wurde.

Im Osten wurde bei einem ernsthaften Zwischenfall ein 13-jähriger Junge getötet und drei weitere Personen verletzt, nachdem die Polizei das Feuer auf Besucher einer Moschee in Valaichchenai eröffnet hatte. Die Betroffenen befanden sich auf dem Weg zum Freitagsge-

bet. Die Situation war eskaliert, nachdem bei einer Fahrzeugkontrolle ein Motorradfahrer nicht in der Lage war, seinen Führerschein zu präsentieren. Er bot jedoch an, nach dem Besuch der Moschee das Dokument vorzulegen. Da die Polizisten mit diesem Vorschlag nicht einverstanden waren, kam es zu einem Streit, der zunehmendes Interesse und Teilnahme bei den umstehenden Passanten fand. Nachdem der Motorradfahrer zwischenzeitlich schon verhaftet im Jeep gesessen hatte, es ihm dann jedoch gelang, wieder herauszuspringen und in der nahen Moschee Zuflucht zu suchen, kam es zu den tödlichen Schüssen. Etwa zehn Minuten lang feuerten mehrere Polizisten um sich. Ein Untersuchungsteam des Kriminalpolizei hat inzwischen die Untersuchungen des Falles übernommen, sieben Polizisten wurden festgenommen. Alle in Valaichchenai stationierten Polizeikräfte (mehr als hundert) wurden inzwischen versetzt.

Im Gebiet von Vavuniya gibt es zunehmend Probleme zwischen den Sicherheitskräften und der bisher mit ihr zusammenarbeitenden Tamilengruppierung PLOTE. Schwer bewaffnete PLOTE-Mitglieder versuchten einen Angehörigen der Polizei an einem Kontrollpunkt in Vavuniya zu entführen, nachdem Polizeibeamte ein nicht zugelassenes Motorrad der PLOTE sichergestellt hatte. Später räumte die Polizei dann die Kontrollstelle und gab das Motorrad zurück. Die Streitkräfte haben inzwischen mehrfach Entwaffnungen von PLOTE-Kadern durchgesetzt.

Lage der Zivilbevölkerung

Auch in den letzten Wochen war die Zivilbevölkerung auf der Jaffna-Halbinsel wieder Bombardierungen und Granatenbeschuß durch die srilankische Armee ausgesetzt. Das allgemeine Krankenhaus Jaffna, das unter Leitung des Internationalen Roten Kreuzes steht, kämpft mit



(aus: 'Inside Report', Jaffna)

fortlaufenden Mängeln. Zur Zeit fehlen Sauerstoff, Antibiotika und Schmerzmittel. Allein 85 (!) Babies und Kleinkinder sind in den letzten drei Monaten gestorben, 54 von ihnen schon innerhalb der ersten Woche nach der Geburt.

Starke jahreszeitliche Winde haben dazu geführt, daß die Anzahl der Bootsüberquerungen über die Kilali-Lagune stark zurückgegangen ist. Als Folge hiervon sind die Preise für einige Nahrungsmittel in Kilinochchi und auf der Halbinsel gestiegen. Die Stürme haben inzwischen auch Häuser und Flüchtlingslager im Gebiet südlich der Lagune beschädigt.

Die LTTE hat in Jaffna ihre erste Bankfiliale eröffnet und versucht inzwischen innerhalb des von ihr kontrollierten Gebietes, eine eigene Währung einzuführen (siehe Karikatur auf dieser Seite).

Am 22. Juni wurden zwei Personen getötet und zehn verletzt, als Angehörige der 'Eelam People's Democratic Party' (EPDP), einer militanten tamilischen Gruppe, die mit den Streitkräften zusammenarbeitet, das Feuer auf ein mit Zivilisten gefülltes Boot zwischen Nainativu und Neduntivu im Jaffna-Distrikt eröffneten.

Die Menschen im Boot kamen vom Besuch eines Tempelfestes zurück und waren zuvor schon für zweieinhalb Stunden von der

Marine festgehalten und durchsucht worden.

Gefangene der LTTE drohen mit Hungerstreik

49 Polizeiangehörige und Soldaten, die sich zum Teil schon seit vier Jahren in der Gefangenschaft der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) befinden, haben jetzt einen Hungerstreik bis zum Tod angekündigt, falls sie nicht noch in diesem Jahr freigelassen werden. Ein Sprecher der Gruppe, die in Jaffna festgehalten wird, sagte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, daß alle Betroffenen frustriert und enttäuscht über die Unfähigkeit der Regierung seien, eine Freilassung zu bewirken. "Solange wir in der Armee gekämpft haben, war alles in Ordnung - aber nachdem wir gefangen genommen wurden, vergaß man uns", sagte einer der Betroffenen. Der publik gewordene Protest der gefangenen Soldaten und Polizisten wurde von Anton Balasingham, dem politischen Sprecher der LTTE genutzt, um die Bedingungen für eine Freilassung zu nennen. Die LTTE sei bereit, alle Betroffenen sofort freizulassen, wenn die Regierung im Gegenzug LTTE-Angehörige aus Gefängnissen in Colombo entlasse oder die Wirtschaftsblockade des Nordens aufhebe.

Zur Zeit ist noch unklar, ob sich im Zusammenhang mit den Wahlen neue Hoffnungen für die Betroffenen ergeben. Vor einem Jahr, nachdem Polizisten das dritte Jahr ihrer Gefangenschaft in Jaffna vollendeten, führte ein Hungerstreik und der Besuch von Familienangehörigen immerhin dazu, daß die Regierung Anstrengungen für einen Austausch von Gefangenen unternahm.

Keine Reiseerlaubnis für US-Diplomat

Die Regierung hat Mitte Juni das Gesuch eines Angehörigen der US-Botschaft zurückgewiesen, eine Reise in den Norden des Landes unternemen zu dürfen. Der

Botschafter der Vereinigten Staaten hatte um die Reiseerlaubnis für einen seiner Mitarbeiter u.a. im Außen- und Verteidigungsministerium nachgesucht. In der in der Ablehnung enthaltenen Erklärung heißt es, daß es für einen Diplomaten nicht opportun sei, die Halbinsel Jaffna unter der jetzt dort vorherrschenden Situation zu besuchen. Seit Juni 1990, dem Beginn des 'Eelam War II' hat kein auswärtiger Diplomat eine Erlaubnis zur Reise in den Norden Sri Lankas mehr erhalten. Lediglich einem Norweger gelang es in seiner Eigenschaft als Leiter einer skandinavischen Nichtregierungsorganisation, eine offizielle Reise nach Jaffna durchzuführen.

Flüchtlingsfragen

Die Regierungsprogramme zur Rücksiedlung von Flüchtlingen gehen weiter. Vor allen für die Ostprovinz und die Gebiete um Vavuniya hat die Regierung neue Zahlen bekanntgegeben. Die meist unter Armeekontrolle durchgeführten Aktionen haben im Vavuniya-Distrikt zu einer Neuansiedlung von 5.000 Flüchtlingsfamilien geführt. Insgesamt sei es gelungen, 180.000 von 700.000 in diesen Gebieten betroffenen Familien eine neue Heimat zu geben.

Gerade im Bezug auf die Ostpro-

vinz wird die Rücksiedlung von Flüchtlingsfamilien durch Nichtregierungsorganisationen (NRO) nicht ganz so positiv gesehen, wie es die Regierung Glauben zu machen versucht. Bereits im Mai wies eine Sprecherin des 'Rehabilitation Secretary' bei einem NRO Treffen in Trincomalee darauf hin, daß tausende der Flüchtlinge nach ihrer Ansiedlung keine weitere Betreuung erhalten und ihnen wegen der Bedrohung durch die LTTE oft ihre Felder oder Fischerboote nicht zugänglich seien. Obwohl die Armee sage, daß man mit einer Rücksiedlung nicht bis zum Ende des Kriegs warten könne, hätten nur wenige der Rückkehrer die von der Regierung versprochenen Unterstützungsgelder zum Wiederaufbau einer Lebensexistenz erhalten. Das Ministerium für Rehabilitation hat für das laufende Jahr nur 10 Prozent der notwendigen Gelder erhalten und es gibt fortgesetzte Anschuldigungen über Korruption unter hochrangigen Verwaltungsbeamten in Trincomalee.

Im Batticaloa-Distrikt müssen nach Angabe des tamilischen Parlamentsabgeordneten Pararajasingham Joseph 36.000 der insgesamt 47.000, während der letzten Jahre beschädigten Häuser, neu aufgebaut oder repariert werden.

Auf der Jaffna-Halbinsel leben zur Zeit noch etwa 250.000 Flüchtlinge, davon 40.000 in 200 verschiedenen Lagern. Gerade die Lagerflüchtlinge sind einem wachsenden Risiko von Infektionen ausgesetzt, da die Wasserversorgung praktisch völlig zusammengebrochen ist.

In der ersten Augustwoche sollen weitere 5.500 srilankische Flüchtlinge mit Schiffen aus Indien zurückgebracht werden. Nach Aussage von Minister P. Dayaratne hat diese Zahl von Personen einer freiwilligen Rückkehr zugestimmt. Zur Zeit leben in südindischen Flüchtlingslagern noch etwa 70.000 Menschen. Das Rückführungsprogramm wird, wie bisher, in Koordination zwischen indischer und srilankischer Regierung sowie dem UN Flüchtlingskommissariat (UNHCR) durchgeführt. 4.000 der Rückkehrer sollen in Trincomalee von Bord gehen, 1.500 weitere Personen in Mannar. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Wahlkampfaktivitäten in Sri Lanka zu einer Verzögerung des Zeitplans führen.

Seit Juli 1992 sind bereits über 40.000 srilankische Tamilen angeblich freiwillig unter Kontrolle des

UNHCR aus dem Süden Indiens zurückgekehrt. Jetzt, zwei Jahre später, hat der UNHCR immer noch keinen offiziellen Zutritt zu irgendeinem der 132 Flüchtlingslager Tamil Nadus, in denen sich Tamilen aus Sri Lanka aufhalten.

Protest der europäischen NROs

Europäische Nichtregierungsorganisationen (NRO) haben beim einem Treffen mit dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) am 22. Juni ausdrücklich das kontrovers diskutierte bilaterale Abkommen zwischen den Regierungen der Schweiz und Sri Lankas verurteilt, mit dessen Hilfe in der Schweiz abgewiesene srilankische Asylbewerber nach Sri Lanka zurückgeschafft werden sollen. Die NROs betonten, daß die vom UNHCR vorgeschlagene "passive Beobachtung" der Rückkehrer unzureichend sei. Asylsuchende dürften aufgrund der weiterhin bestehenden labilen Bürgerkriegssituation nicht zwangsweise zurückgeschickt werden.

Im Juni sind aufgrund des Rückführungsabkommens elf srilankische Staatsangehörige aus der Schweiz in Colombo eingetroffen. Offizielle Stimmen der schweizerischen Regierung sprechen von 600 Personen, die in den nächsten zwei Jahren ausgewiesen werden sollen. Davon seien besonders Personen betroffen, die erst kürzlich in die Schweiz eingereist sind. Die wahre Funktion des Abkommens sieht die Schweiz darin, zukünftige Asylbewerber abzuschrecken.

Fast 40.000 srilankische Asylbewerber, die meisten von ihnen sind Tamilen, sind in der Vergangenheit in die Schweiz geflohen. Dieser Zahl stehen insgesamt 160.000 Flüchtlinge in den übrigen europäischen Ländern seit 1983 gegenüber. In Europa ist man fest entschlossen, den Zustrom von Flüchtlingen, der im letzten Jahr bei insgesamt 550.000 Personen lag, zu stoppen. Die Schweiz rechnet für das laufende Jahr mit Ausgaben von 650 Millionen Mark für Asylbewerber.

Sollte das Schweizer Rückführungsprogramm erfolgreich sein, so ist zu erwarten, daß europäische Staaten auf breiter Front ähnliche Abkommen mit Sri Lanka schließen werden. Bereits jetzt will Dänemark sein eigenes Programm mit aller Kraft voranbringen. Das Schweizer Programm kann mit guten Chancen zur Vorlage einer Abschottungsstra-

ategie der "Ersten Welt" gegenüber der "Dritten Welt" werden (siehe dazu auch 'Südasiens', 4-5/94).

Meinungsfreiheit in Sri Lanka

Das Thema Meinungsfreiheit gewinnt im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen erheblich an Bedeutung. Präsident D.B. Wijetunge hat im Juni wieder einmal für Aufsehen mit Äußerungen in diesem Zusammenhang gesorgt. In einer Zusammenkunft mit Vertretern - sowohl der regierungseigenen als auch privaten Presse - sagte er unter anderem, daß seine Regierung kategorisch die Pressefreiheit unterstütze. Gleichwohl wiederholte er anschließend wohlbekannte Aussagen, die nur schwer hiermit vereinbar sind: "Ich möchte daran erinnern, daß die Freiheit der Presse nicht mit der Freiheit ... des Dschungels verglichen werden darf. Wenn man die Zeitungen öffnet sieht man Tag für Tag, wie bewußte Lügen und ungläubliche Erfindungen über der unschuldigen Leserschaft ausgeschüttet werden. Es gibt wüste Anschuldigungen gegenüber Regierung, Ministern und Offiziellen. Fakten werden bewußt zurückgehalten, erfundene Geschichten erhalten den Vorzug." Wijetunge ging konkret auf zwanzig bis dreißig Zeitungen ein, die eine "teuflische" Kampagne gegen die Regierung veranstalteten. Trotzdem lasse ihnen die Regierung freien Lauf. Schließlich gab Wijetunge allen Verlegern von Zeitungen den guten Rat, wahre Fakten zu veröffentlichen. Im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen ergänzte der Präsident außerdem, daß die Entwicklungsprogramme der Regierung noch einmal in den Zeitungen erwähnt werden müßten.

Der Generalsekretär der oppositionellen 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP), Dharmasiri Senanayaka, sah sich aufgrund der Äußerungen des Präsidenten zu einer Erklärung veranlaßt, in der er den Rat des Präsidenten zu einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung als "unsichtbare Zensur" verurteilte.

Ein Zeichen für die Öffnung gegenüber dem enormen Druck, der seitens der Regierung gegenüber den Medien ausgeübt wird, zeichnet sich durch die Aufhebung des Verbots einer Berichterstattung der BBC über Ereignisse in Sri Lanka als Teil des weltweiten Dienstes der BBC ab. Lokale Fernsehstationen haben damit jetzt die Möglichkeit, Meldungen, die Sri Lanka betreffen,

auch von der BBC zu übernehmen, während bisher in jedem Fall eine Genehmigung des Inhalts durch den Direktor für Information nötig war.

Das 'Free Media Movement' (FMM) ist inzwischen beim Generalstaatsanwalt vorstellig geworden, um ihn zu einer Revision seiner Entscheidung über die Verhaftung und mögliche Strafverfolgung eines Journalisten zu bewegen, der für die unabhängige Zeitung 'Aththa' arbeitet. R.M.A. Ajit Seneviratne, ein Fotograf, war entsprechend einer Stellungnahme des FMM im Einsatz, um über den friedlichen Protest eines Regierungsangestellten über langandauernde Mißstände zu berichten. Die plötzlich am Ort des Geschehens auftauchenden Polizisten hatten dann nicht nur den Protestierenden, sondern auch Seneviratne festgenommen. Während der Polizeihaft, die mehr als 24 Stunden dauerte, erhielten seine Angehörigen oder seine Zeitung keine Informationen über die Verhaftung. Seneviratne wurde schließlich auf Kautions entlassen und soll sich weiterhin einmal monatlich bei der Polizei melden.

Das FMM betont, daß die Verhaftung und Behandlung des Journalisten ein grober Verstoß gegen bestehendes Recht ist und äußert Betroffenheit über ein mögliches Wiederaufleben der Verfolgung von Journalisten, wie es in jüngerer Vergangenheit häufig der Fall war. Der Staatsanwalt hat eine Überprüfung des Falls angekündigt.

'Law and Society Trust', Colombo, stellt Bericht vor

Zahlreiche Bestimmungen des Notstandsgesetzes stehen im direkten Widerspruch zu internationalen Vereinbarungen, die Sri Lanka unterzeichnet hat. Dieses ist die Quintessenz eines Berichts des 'Law & Society Trust', der jetzt in Colombo unter dem Titel 'The State of Human Rights in Sri Lanka 1993' der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Ein umfangreiches, mehr als 340 Seiten starkes Dokument, zeigt, daß die in der Verfassung des Staates verankerten Freiheiten durch die seit Jahren wirksamen Notstandsgesetze unterminiert werden. An dieser Tatsache änderten auch Modifizierungen dieser Sondergesetze nichts, wie im Bericht betont wird. Beispielsweise existierten zuverlässige Berichte, daß in allen Teilen Sri Lankas weiterhin geheime Verhaftungen stattfänden, obwohl dieses Vorgehen seit Juni

1993 durch die Notstandsregelungen nicht mehr gedeckt sei.

"Die Leichtigkeit, mit der Gefangene in Sri Lanka verschwinden oder zu Opfern von Folter werden können ebenso wie die Geringfügigkeit der Gründe, die zu einer willkürlichen Verhaftung führen, steht in direktem Zusammenhang mit dem Umfang, in dem der Schutz international üblicher Gesetze, der srilankischen Verfassung und des Strafrechts durch Sondergesetze abgebaut wird", heißt es in dem Bericht. So seien mehr als 20.000 Tamilen seit der Ermordung des vorherigen Präsidenten Premadasa im Mai 1993 verhaftet worden, 1.200 von ihnen seien nach wie vor in Haft.

Neben den Verbrechen der Regierung wird im Bericht auch sehr deutlich Anklage gegenüber der LTTE wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen erhoben.

Das Dokument, das innerhalb von neun Monaten durch die Organisation zusammengestellt wurde, beleuchtet auch wirtschaftliche Aspekte und erkennt eine wachsende Diskrepanz zwischen der Lebenssituation armer und reicher Menschen in Sri Lanka. Das Realeinkommen der ärmeren Bevölkerungsgruppen verschlechterte sich zunehmend.

Auch die Schul- und Arbeitssituation in Sri Lanka werden im Bericht erwähnt. Staatliche Ausbildung hat in diesem Land bisher eine erfolgreiche Geschichte. Trotzdem steigt jetzt die Analphabetenrate. Laut dem Bericht sind im Bergland sogar fast fünfzig Prozent der Bevölkerung nicht in der Lage, zu lesen oder zu schreiben.

Obwohl auch Sri Lanka die internationale Konvention zum Schutz des Kindes unterzeichnet hat, leben 45 Prozent der Kinder in Armut, 14 Prozent der fünf- bis vierzehnjährigen gehen nicht zur Schule. Schlimmer noch: 400.000 Kinder im Land erleben den Krieg am eigenen Leibe, 10.000 leben als sogenannte Straßenkinder. Drogenmißbrauch und Prostitution sind zu einem ernstesten Problem geworden. Der Bericht schätzt, daß eine halbe Million Kinder einer Arbeit nachgehen müssen, dieses hauptsächlich als Bedienstete in Privathaushalten.

Wirtschaft

Bereits Mitte Mai stand ein neuer Kooperationsvertrag zwischen der europäischen Union (EU) und der srilankischen Regierung unmittelbar

vor der Unterzeichnung. Das Abkommen umfaßt Unterstützungsleistungen für mehr als 20 Projekte. Aufgrund sehr obskurer Gründe und trotz mehrmaliger gegenseitiger Verlautbarungen blieb der zuständige Minister, Hameed, der Zeremonie zur Vertragsunterzeichnung fern. Dieser Zwischenfall hat zu erheblichen Irritationen im Verhältnis zwischen EU und Sri Lanka geführt und letztlich auch die Opposition im srilankischen Parlament zu einem Mißtrauensantrag gegen Minister Hameed veranlaßt. Ein neuer Termin für die Unterzeichnung des Vertrags wurde für Juli angesetzt.

Tee-Sektor in der Krise

Nach Angaben der 'Planters Association of Ceylon' haben die 22 privaten 'Plantation Management Companies' (PMC), die im Juni 1992 die staatlichen Teeplantagen im Bergland von Sri Lanka übernommen haben, 1993 Verluste in Höhe von 1,3 Milliarden Rupien (ca. 40 Millionen DM) eingefahren. Nur acht von ihnen können derzeit den Teearbeitern ihre Löhne auszahlen. Eine plumpe und wenig durchdachte Privatisierungspolitik der Weltbank, Weltmarkt-Preisstürze bei Tee und Arbeiterunruhen haben zu der desolaten Situation beigetragen. Der Teepreis ist seit Januar um 23 Prozent auf 55 Rupien pro Kilogramm gefallen. Sri Lanka liefert mit über 230 Millionen Kilo Tee pro Jahr ein Zehntel der Weltmarktproduktion. Während jedoch lukrative Märkte im Iran und Irak weggebrochen sind, übersteigen die Produktionskosten in den meisten Plantagen die Erlöse.

52 Prozent der Teeproduktin in Sri Lanka erfolgt durch mehr als 150.000 Kleinproduzenten, die in der 'Private Tea Factory Owners Association' organisiert sind. Sie machen multinationale Konzerne wie 'Unilever Ceylon Limited' dafür verantwortlich, den Preis gedrückt zu haben. Von der zwangsläufigen Schließung von mehr als 50 Teefabriken sind 5.000 Klein-Plantagenbesitzer betroffen.

Ravi Kumararatne, Direktor des Teeproduzenten 'Forbes and Walker', erklärt, daß mit der Privatisierung nur das Management ausgetauscht, nicht aber auch die Bereitschaft zu Investitionen erhöht wurde. Und die Krise läßt sich nicht lösen ohne eine substantielle Erhöhung der Investitionen im Teesektor, um längst fällige Modernisierungen durchzuführen.